

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

16. Sitzung
18. Januar 2018

Beginn: 10.34 Uhr
Schluss: 12.57 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0504 Mehr Regionalverkehr auf die Schiene | 0083 UmVerk(f) EuroBundMed* Haupt |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Ausbau Bahnstreckennetz Berlin Brandenburg (auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0025 UmVerk |

- c) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0546
**Berliner ÖPNV-Netz zielgerichtet ausbauen und an
den Wohnungsneubau anschließen** [0090](#)
UmVerk(f)
Haupt
StadtWohn*
- d) Antrag der Fraktion der CDU [0030](#)
Drucksache 18/0216
Ausweitung der Tarifzone B bei der S-Bahn
UmVerk
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/0625
**Gesetz zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie und
zur Änderung zuständigkeitsrechtlicher
Vorschriften** [0107](#)
UmVerk(f)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0633
Urban Gardening in der Stadt verwurzeln [0108](#)
UmVerk
StadtWohn(f)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir haben uns in der Runde der Sprecherinnen und Sprecher darauf verständigt, für alle Fraktionen zwei Anzuhörende zu benennen. Beide Anzuhörenden sind gekommen. Ich begrüße sehr herzlich Frau Frauke Hehl vom Workstation Ideenwerkstatt Berlin e. V. und den Präsidenten des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde e. V. Herzlich willkommen! – Wir machen ein Wortprotokoll. – Zum Verfahren: Sie erhalten jeweils großzügige fünf Minuten, um eine Stellungnahme abzugeben. Dann schließen sich Fragen der Abgeordneten und eine Aussprache an. Danach haben Sie noch mal die Möglichkeit, im Rahmen eines 5-Minuten-Kurzreferats zu informieren oder zu replizieren. – Zur Begründung des Antrags zunächst Herr Dr. Altug, bitte sehr!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke schön! – Gerne begründe ich diesen Antrag für die Koalitionsfraktionen. Der Antrag lautet: „Urban Gardening in der Stadt verwurzeln“. Den Koalitionsfraktionen ist wichtig, dass wir das Thema ernst nehmen, weil wir in der Stadt nicht nur Menschen haben, die sich tagtäglich für das Stadtgrün einsetzen und sich einbringen, sondern bekanntlich haben wir mit dem Klimawandel zu tun. Solche Orte sind in erster Linie für das

Stadtklima und die Entwicklung von Strategien gegen den Klimawandel, der da ist, sehr wichtig. Mit diesem Antrag fordern wir den Senat auf, mit den Akteurinnen und Akteuren des Urban Gardenings sowie den Kleingarten- und Interessenverbänden ein gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln. Des Weiteren wollen wir einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin in der Verwaltung für diese Projekte haben. Bekanntlich sind die Kleingärten seit über 100 Jahren in Berlin Orte des Urban Gardenings, könnte man sagen. So nannte man sie nicht. Aber es gibt auch Unterschiede zwischen dem klassischen Urban Gardening und Kleingärten. Das wissen wir auch. Ich freue mich, dass die Kleingärten in den letzten Jahren angefangen haben, sich zu öffnen und mehr Wert auf Ökologie zu legen. Bei dem Thema geht es nicht nur darum, dass man gärt, sondern solche Orte sind auch Bildungsorte für viele Menschen, insbesondere junge Menschen.

Ohne Unterstützung der Politik bringen sich diese Menschen jeden Tag ein, z. B. Prinzessinnengarten, Rosa Rose in Lichtenberg, Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld u. v. a. Es kann aber nicht sein, dass wir diese Projekte nicht unterstützen. Die Koalitionsfraktionen und der jetzige Senat nehmen das Thema ernst. Wir legen einen Antrag vor und sind sehr optimistisch, dass wir dieses Thema mit der Stadtgesellschaft voranbringen. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke schön, Herr Abgeordneter! – Nun kommen wir zu Ihnen, Frau Hehl! Sie haben das Wort für gute fünf Minuten. Bitte sehr!

Frauke Hehl (Workstation Ideenwerkstatt Berlin e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung! Im Namen verschiedenster Berliner Gemeinschaftsgärtnerinnen/-gärtner und Aktivisten – wir sind eine heterogene Vielfalt von aktiven Menschen – kann ich sagen: Grundsätzlich begrüßen wir diesen Antrag auf jeden Fall sehr und freuen uns sehr darüber. Ich möchte ein Schreiben aufgreifen, das verschiedene Gemeinschaftsgärtnerinnen/-gärtner jenseits von mir, aber ich trage das zu 100 Prozent mit, zu Zeiten der Koalitionsverhandlungen nach der Berliner Wahl verfasst haben, weil ich denke, das trägt sehr schön zusammen, worum es uns geht. Das Schreiben enthält Forderungen der Berliner Gemeinschaftsgärten für die Koalitionsverhandlungen in Berlin. Die sind natürlich vorbei, aber leider hat das Schreiben aus unserer Sicht nicht wirklich an Aktualität verloren. Das heißt, die Punkte sind zu bearbeiten. Es beginnt:

Berlin hat gewählt ... Wir, ein Zusammenschluss Berliner Garteninitiativen und Gemeinschaftsgartenprojekte aus Berlin, wenden uns mit den hier dargestellten Positionen und Forderungen im Zuge der noch laufenden Koalitionsverhandlungen an Sie. Wir begrüßen es sehr, dass die Partner*innen einer möglichen rot-rot-grünen Koalition sich in der Wahrnehmung der vielfältigen Bedeutung von Grün in der Stadt, explizit auch dem durch Gemeinschaftsgärten geschaffenen und erhaltenen Grün weitgehend einig zu sein scheinen.

Die SPD spricht in ihrem Wahlprogramm von der „enormen Attraktivität, Anziehungskraft und internationaler Beliebtheit“ Berlins und führt diese auch auf das Grün in der Stadt zurück. Sie spricht sich für eine intakte urbane Umwelt, für den Erhalt der für Berlin charakteristischen „grünen Elemente“, für den Schutz der städtischen Natur und der hohen Biodiversität und für die Erschließung und Entwicklung des öffentlichen Raums als Ort mit neuer Lebens- und Nutzungsqualität aus. ... Die SPD versichert, sie unterstütze „die Initiativen des Urban Gardening. Berlinerinnen und Berliner lieben das Grün in ihrer Stadt. Sie bringen sich durch ihr ehrenamtliches

Engagement direkt vor Ort ein, um das Straßenbild vor ihrer Haustür zu verschönern.“

DIE LINKE fordert einen Stadtentwicklungsplan Grün: „Er soll als »Grüner Masterplan« Bereiche wie Grün und Parkanlagen, Grünzüge und Landschaftsparks, Wald, Schutzgebiete, Friedhöfe, Kleingärten und Urbanes Gärtnern sowie Straßenbäume umfassen. ... Parks und Grünflächen sollen geschützt und mit ihren stadtklimatischen und sozialen Funktionen weiterentwickelt, anstatt bebaut werden. Für den notwendigen Wohnungsbau sollen stattdessen die zahlreich in der Stadt vorhandenen untergenutzten Flächen aktiviert und dabei ein regionaler Ansatz verfolgt werden ... Wo wohnortnahe Grünflächen fehlen, sind durch Ankauf oder Umnutzung von Flächen neue Grünflächen zu schaffen.“

Die Grünen wollen sich für „grüne Freiräume“ einsetzen: „Berlin ist eine grüne Stadt. Doch sie ist nicht überall gleich grün. ...“

Es folgen längere Ausführungen. Die spare ich hier aufgrund der Zeit. – Grundsätzlich schließt das „bessere Bedingungen für die Wildbienen, Honigbienen, Hummeln“ usw. ein. Es geht um die „Essbare Stadt“. Es geht um die Entwicklung und Pflege der Grünflächen. Es geht um „die Unterstützung von Kita- und Schulgärten, Grünzüge, die die Stadt gliedern, den Weg zu Seen, Wäldern“ usw.

„Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben soll. Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, sowie der Ankauf der Flächen, die für zusätzliche Grünflächen benötigt werden. Für die notwendige Grünpflege ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Bezirke dringend erforderlich.“

Das waren die Parteiprogramme, und jetzt kommt unser Brief:

Diese von Ihnen aufgeführten Vorhaben lassen in uns einige erfreuliche und auch nötige Fortschritte erhoffen. Denn die vielfältigen ökologischen, sozialen und kulturellen Funktionen urbaner Gärten werden zwar immer wieder auch von Seiten der Politik herausgestellt, doch bislang ist diese Anerkennung meist nur symbolischer Natur. Woran es fehlt, ist, dieser Anerkennung durch ein klares politisches Bekenntnis und verbindlichen, nachhaltigen Unterstützungsstrukturen gerecht zu werden. Im Zentrum dessen sollte stehen, Gemeinschaftsgärten als öffentlich zugängliche, inklusive grüne Freiräume als feste Bestandteile der Berliner Stadtlandschaft zu schützen und deren Erhalt und Entwicklung konkret zu unterstützen. Umso wichtiger ist dies, da unter dem allgegenwärtigen Vorzeichen der wachsenden Stadt, öffentliche Freiräume zunehmend bedroht sind, deren Zugänglichkeit sozialräumlich ungleich verteilt ist oder sie schlicht verschwinden.

Aus diesem Anlass wurde 2014 von mehr als 140 Garteninitiativen bundesweit ein Manifest „Die Stadt ist unser Garten“ verfasst. Daraus sind Auszüge im Brief enthalten. Die spare ich mir hier.

Wir fordern Sie daher auf und bekräftigen Sie im Rahmen der laufenden Koalitionsverhandlungen Ihren angekündigten Vorhaben Taten folgen zu lassen. Die IGA von

2017 muss ergänzt werden um einen Stadtentwicklungsplan: Neues urbanes Grün. Dieser sollte zum Gegenstand haben:

- Den bestehenden urbanen Gemeinschaftsgärten sowie Projekten der urbanen Landwirtschaft wird ein dauerhafter Bestandsschutz verbindlich angeboten.
- Als Teil der Daseinsvorsorge und der grünen Infrastruktur werden urbane Gemeinschaftsgärten von Miet-/Pacht oder Nutzungsentgeltzahlungen ausgenommen.
- Kooperativ handeln Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Regeln für die Nutzung solcher grünen „Gemeingüter“ aus. Neben der öffentlichen Zugänglichkeit, werden Gemeinwohl orientierte Funktionen für Integration, Bildung, ökologische Vielfalt, grüne Infrastruktur, Klimaanpassung, Umweltgerechtigkeit und Gesundheitsvorsorge verbindlich festgelegt. ...

Desweiteren möchten wir daran erinnern, dass das Land Berlin gemäß dem Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes ... dazu verpflichtet ist, für die Anlage von „Allmende Gärten“ im Äußeren Wiesenring Sorge zu tragen.

Das ist jetzt ein hervorgehobenes Beispiel. Es gibt viele andere Gärten, die räumungsbedroht sind, aktuell z. B. Prachttomate, Himmelbeet. Früher waren es andere Gärten. Das Problem ist leider trotz IGA und allem unverändert vorhanden. Wir möchten, dass eine konkrete Unterstützung für den Aufbau und die Entwicklung aller dieser urbanen Gärten und für das Engagement der hierbei aktiven Menschen geschaffen wird.

Das in den vielen Gemeinschaftsgärten und Initiativen zum Gärtnern in der Stadt erworbene Erfahrungswissen bezüglich des Aufbaus und Erhalts von Gemeinschaftsgärten sollte dabei unbedingt Berücksichtigung finden.

Denn die Zivilgesellschaft in Berlin ist eine unheimlich kompetente Gesellschaft. Wir wünschen uns, dass das in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung mehr berücksichtigt wird. Ich stelle noch die Frage: Wie weit geht dieser Antrag? Berücksichtigt dieser Antrag die Planungen im Referat von Frau Renker, wo auch eine Stelle für urbanes Grün eingerichtet werden soll? Also der Wunsch, dass da Vernetzung stattfindet!

Abschließend: Wir Gemeinschaftsgärtnerinnen/-gärtner müssen nicht von irgendwem koordiniert werden. Wir möchten zusammenarbeiten. Wir möchten Unterstützung erfahren. Diese Unterstützung – das ist auf jeden Fall eine Veränderung zu dem Antrag – kann nicht ehrenamtlich durch Aufwandsentschädigungen erfolgen. Das lehnen wir ab. Wir bringen so viel Wissen und Profil in diese Stadt ein. Die Allmende-Gärten auf dem Tempelhofer Feld sind in jedem Touristenführer enthalten, der Prinzessinnengarten usw. Menschen bezahlen Geld dafür, dass sie dort ehrenamtlich gärtnern und Attraktionen für die Stadt schaffen, müssen den Müll selber wegräumen, mit Ernteklau, Vandalismus und allem Möglichen leben. Da müssen wirklich Veränderungen her. Wir haben Ihnen exemplarisch ein Stellenprofil zukommen lassen. Ich glaube, das beschreibt auch noch mal sehr ausführlich und sehr schön, wie wir uns das vorstellen. – Damit schließe ich meine Ausführungen. Vielen Dank! – [Beifall]

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich danke Ihnen für Ihren Vortrag und die Vorstellung Ihres Profils. Das war schon sehr interessant. – Ich komme nun zu Herrn Landgraf. Bitte sehr!

Günter Landgraf (Gartenfreunde e. V.): Ich möchte gerne zur Beantwortung von Fragen anschließend Michael Matthei dazunehmen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Das ist doch gar kein Problem. Sie können sich das auch aufteilen, aber es sollten in Summe fünf Minuten sein. Nachher bei der Beantwortung können Sie sich das auch aufteilen. Ich bitte aber, Doppelungen zu vermeiden. – Herr Landgraf, Sie haben das Wort, bitte sehr!

Günter Landgraf (Gartenfreunde e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren! Das Präsidium des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde unterstützt den Antrag in der Erwartung der Zusammenführung und kooperativen Zusammenarbeit aller für das Stadtgrün Aktiven und den Verwaltungen in den Bezirken und im Senat. Die momentane Kluft zwischen den Akteuren muss beseitigt und einer gesellschaftlichen Trennung entgegengewirkt werden. Dies erwarten wir auch von einer gemeinsamen Koordinierungsstelle.

Es ist richtig, dass die als Urban Gardening titulierte gesellschaftliche Bewegung auch in Berlin zunimmt und eine wachsende sozialpolitische Bedeutung erlangt hat. Dies hat die verschiedensten Ursachen. Dazu muss man ihre Entstehungsgeschichte verstehen. Die aktuelle Urban-Gardening-Bewegung ist ja Mitte der Siebzigerjahre entstanden und war ein Ausdruck der extremen Unzufriedenheit der Bürger mit dem Zustand ihrer Städte. Vorwiegendes Anliegen war, die Stadt in Ordnung zu bringen und gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzugreifen. Ordnung hieß: begrünen und die Vermüllung beseitigen. Ausgangspunkt waren also immer die Unzufriedenheit mit der Situation der Stadt und die auf Verbesserung bezogene Aktion. Daraus hat sich eine aktive Bürgerbewegung entwickelt.

Nach Kenntnisnahme des vorliegenden Antrags müssen wir leider feststellen, dass bei den Antragstellern das neue Urban Gardening eindeutig im Fokus steht, während die bewährte und gefestigte Arbeit der Kleingärtner überhaupt nicht ausreichend gewürdigt wird. Kleingärten sind seit ihren Anfängen integraler Bestandteil des Gärtnerns in der Stadt. Alle Urban Gardener haben das gemeinsame Ziel, Grün in der Stadt zu erhalten und fortzuentwickeln. Deshalb darf Stadtentwicklung nicht ohne Umweltentwicklung geplant und umgesetzt werden. Alle Formen des Stadtgärtnerns müssen beachtet, berücksichtigt und gefördert werden.

Seit einigen Jahren ist das Berliner Kleingartenwesen dabei, sich durch soziale, integrative, aber auch ökologische Projekte für die Öffentlichkeit zu öffnen und somit die Einbindung ins Quartiersmanagement zu forcieren. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, aber solche Kooperationen wie z. B. zwischen der Schreberjugend und dem Prinzessinnengarten zeigen ganz klar unsere gemeinsamen Interessen. Es ist wichtig, Angebote für Menschen zu haben, die Berührung zur Natur suchen. Nicht nur die Wartelisten in den Bezirksverbänden, sondern auch die verbindlichen Strukturen des Kleingartenwesens werden manchmal als Hürde wahrgenommen, sodass auf andere Formen des Urban Gardenings ausgewichen wird, eine Entwicklung, die der Landesverband explizit begrüßt, denn so können Wartezeiten überbrückt und Erfahrungen gesammelt werden.

Regeln und eine gemeinsame langfristige Perspektive sind Grundlage für eine nachhaltige Nutzung der Allgemeingüter, eine Problematik, die man nicht nur häufig bei Projekten der essbaren Stadt feststellen kann, sondern die sich gewissermaßen auch beim Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld zeigt. Hier hat sich aus den freien Gärtnern mittlerweile eine Struktur entwickelt, die mit Verein, Satzung und Gartenordnung stark vom Kleingartenwesen inspiriert ist. Auch auf dem Tempelhofer Feld heißt es: Wer gärtnern will, muss Mitglied des Vereins sein.

Die Berliner Kleingärtner verstehen sich mit ihren Aktivitäten explizit als Klimagärtner. Maßnahmen des StEP Klima werden bei uns bereits aktiv umgesetzt. Die Flächen der Berliner Kleingärtner entlasten das Stadtklima als klimatische Schutzzonen, Schwammflächen und Kaltluftschneisen im Sommer. Urban Gardening mit Hochbeeten und Kübeln auf versiegelten Flächen kann diese Rolle nicht übernehmen. Die Kleingärtner wissen, wie wichtig Naturerziehung und -bildung sind, und unterstützen daher seit Jahren u. a. das Projekt „Grün macht Schule“. 2017 fand der 5. Berliner Kleingartentag unter reger Beteiligung unserer Kleingärtner und ihrer Fachberatung in der Kleingartenanlage Am Kienberg statt. Auch mit den Gartenarbeitsschulen besteht ein enger Austausch. Im Rahmen der Grünen Woche, die morgen eröffnet wird, bieten wir den Gartenarbeitsschulen wieder Platz für ihre Messeaktivitäten. Im Rahmen des Umweltpreises Berlin-Mitte wird regelmäßig der vom Landesverband Berlin der Gartenfreunde und dem Verlag Willi Wächter gespendete Sonderpreis Schulgärten vergeben.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Landgraf! Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

Günter Landgraf (Gartenfreunde e. V.): Ich komme gleich zum Ende. – In der Begründung des vorliegenden Antrags heißt es u. a.:

 Noch immer bestehen bei Teilen der Verwaltung Berührungsängste gegenüber städtischem Gärtnern jenseits von Kleingärten.

Leider hat man in manchen Bezirken und auch bei Teilen des Berliner Senats den Eindruck, dass in der Tat wenig Berührungspunkte zu Kleingärtnern bestehen, vor allem, wenn es um Gewinnung von Bauland geht. Die öffentlich zugänglichen und ökologisch wichtigen wie auch gepflegten Grünflächen der Kleingärtner werden noch immer und viel zu häufig in der Verwaltung als Baulandreserve statt als dringend benötigte Aktionsflächen für Klimakampf, soziale Integration und gesellschaftliche Begegnungs- und Entwicklungsstätten gesehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke schön, Herr Landgraf für Ihre Ausführungen und die Profilerläuterung! – [Beifall] – Für den Senat hat jetzt Herr Staatssekretär Tidow das Wort. – Bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will es gar nicht lang machen. Es ist viel Inhaltliches gesagt worden, das wir teilen. Wir haben in Berlin eine sehr vielfältige und lebendige Szene von Menschen und Institutionen, die sich um das Berliner Stadtgrün verdient gemacht haben und verdient machen, die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner genauso wie die Urban-Gardening-Szene im engeren Sinne, wobei in einem weiteren Sinn das Kleingartentum natürlich auch eine Form von Urban Gardening ist und von uns breit unterstützt wird.

Wir haben in der Vergangenheit schon einiges getan, um insbesondere die jetzt so genannte Urban-Gardening-Szene auch zu fördern. Wir haben gerade jüngst – habe ich gesehen – eine Karte mitfinanziert, die von der Urban-Gardening-Szene erstellt worden ist, ich glaube, federführend von der Grünen Liga, wo man sehr eindrücklich sehen kann, an wie vielen Orten inzwischen Projekte über die Stadt verteilt unsere Stadt grüner und lebendiger machen. Wir hatten letztes Jahr auch einen größeren Kongress, an dem wir uns finanziell beteiligt haben. Insoweit ist das für uns ein wichtiges Thema, und wir wollen das fördern.

All das, was inhaltlich im Antrag steht, halten wir als Senat auch für richtig. Wir wollen nicht nur einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin schaffen, denn wir haben streng genommen schon Ansprechpartner/-innen sowohl für das Kleingartenwesen als auch für das Urban Gardening, wir möchten eine neue Stelle einrichten, um das, was nötig ist, was läuft, noch stärker konzeptionell im Hinblick auf die Zukunft aufzustellen und zu fördern. Es geht nicht nur darum, ansprechbar zu sein, uns geht es vielmehr darum, diese Form des Urban Gardening konzeptionell und strategisch in die städtische Planung zu implementieren, auch in die Freiraumkonzepte.

Wichtig ist deswegen für uns auch die Verbindung zu einem weiteren Projekt, das wir dieses Jahr – ausgehend vom Koalitionsvertrag – auf den Weg bringen wollen: die Charta für das Berliner Stadtgrün, wo es darum geht, gerade unter dem Druck der wachsenden Stadt eine stadtgesellschaftliche Selbstverständigung hinzubekommen, wie wir mit unserem Grün umgehen und wie wir unser Grün dauerhaft erhalten können. Wenn ich von Grün spreche, muss man sagen: Auch das Grün wird zunehmend Verhandlungsraum. Das ist, glaube ich, etwas, was die Urban-Gardening-Szene, die ja sehr initiativenbewegt ist, noch mal sehr deutlich macht, weil der Anspruch erhoben wird, auf existierenden Flächen könnte gegärtnert werden. Grundsätzlich muss man sagen: Vieles ist Verhandlungsraum.

Deswegen glauben wir, dass es wichtig ist, das bei uns institutionell zu stärken, zu unterstützen und den Gedanken stärker konzeptionell in die Implementierung der Freiraumplanung, insbesondere im Hinblick auf neue Wohnstandorte einzubringen. Insofern will ich sagen: Wir werden, wenn wir die Stelle eingerichtet und besetzt haben, natürlich auch in einem sehr intensiven Dialog mit den vorhandenen Akteuren, auch mit den Kleingärtnern, versuchen, bei der Aufstellung, was intendiert ist – Und dann wären viele der inhaltlichen Dinge, die jetzt im Antrag genannt sind, auch Gegenstand von Gesprächen, die wir mit der Stadtgesellschaft zur Förderung des urbanen Gärtnerns in seiner ganzen Buntheit führen wollen. – So weit von mir zum Einstieg!

Oliver Friederici (CDU): Danke, Herr Tidow! – Jetzt kommen wir zur Aussprache und Fragerunde der Fraktionen. Sind Sie einverstanden, dass wir nur eine umfangreiche erste Runde machen und keine zweite Runde? – Dann können wir uns darauf verständigen und etwas effizienter arbeiten. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen: Herrn Schmidt von der FDP, Herrn Buchholz von der SPD, Herrn Freymark von der CDU, Frau Platta von der Linken, Herrn Dr. Altug von den Grünen und Herrn Scholtyssek von der AfD. – Als Erster Herr Schmidt, bitte sehr!

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, in der Debatte im Plenum, als der Antrag hereinkam, ist auch klar geworden, dass alle erst mal grundsätzlich eine Sympathie für das Gärtnern in der Stadt haben und nicht grundsätzlich infrage stellen, dass wir Flächen auf Dauer sichern müssen, auf denen Menschen sich selber durch Gärtnern betätigen können, nicht nur öffentliche Grünflächen, und dass es da eine Riesenbandbreite an Aktivitäten gibt, Sie haben es gesagt, von Kleingärten über Gemeinschaftsgärten bis zum Guerilla Gardening.

Bei dem Antrag gibt es ein paar Dinge, zu denen ich Sie gerne befragen möchte. Das eine ist diese ganze Frage der dort vorgesehenen Stelle zur Koordination. Wenn ich die Stellungnahme von Frau Hehl richtig verstanden habe, die schriftliche, haben Sie letztlich gesagt: Sie wollen Unterstützung und Informationstransfer, aber eben nicht jemanden, der eingreift, sozusagen steuert. Ich höre da so eine gewisse Befürchtung heraus. Wenn Sie das noch mal ein bisschen genauer abgrenzen können, denn gerade da hatte ich auch immer ein bisschen das Gefühl, dass man Angst haben muss, dass man vielleicht jemanden hat, der versucht, diese Vielfalt an Aktivitäten, die ja eher eine typische Grassrootsgeschichte ist, die von unten kommt, von oben zu koordinieren, und wie man das verhindern kann.

Herrn Landgraf möchte ich fragen, wie Sie diese Koordinationsstelle sehen und was Sie daran für konkrete Ansprüche haben, eben gerade weil es dort durchaus zwischen den verschiedenen Gardeninginitiativen auch Konflikte gibt. Zu den Konflikten zwischen Klein- und Gemeinschaftsgärten eine Frage: Frau Hehl hat eben gefordert, dass die Flächen für Gemeinschaftsgärten kostenlos bereitgestellt werden sollen. Kleingärten zahlen Pacht. Wie kriegt man diesen Konflikt gelöst? Wir haben ja auch an bestimmten Orten der Stadt den Nutzungskonflikt, ich sage mal Westkreuz, wo jetzt Kleingärten sind und wo angedacht ist, die teilweise durch Gemeinschaftsgärten zu ersetzen. Wie wollen Sie das regeln? Und welche Rolle würde dann diese zentrale Koordination spielen, um solche Dinge mit bearbeiten zu können?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt Herr Buchholz von der SPD-Fraktion, bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank den beiden Anzuhörenden! – Grundsätzlich glauben wir, es kann beides geben und auch nebeneinander sehr gut gehen, nämlich – ich nenne es mal ein bisschen – das klassische Kleingartenwesen, das wir seit Jahren schätzen und auch sichern. Herr Landgraf! Sie hatten sich am Anfang ein bisschen kritisch geäußert. Ich glaube, es sind zwei verschiedene Enden der gleichen Intention, sich nämlich in und mit Grün im Land Berlin tatsächlich sehr umweltfreundlich zu bewegen und auch neue Sachen zu gestalten. Das geht in den klassischen Bahnen. Ich sehe das sehr positiv, wenn ich mir den aktuellen „Gartenfreund“ anschau, was ich als Sprecher für Umweltpolitik regelmäßig tue, dass Sie gerade auch im Bereich Umwelt- und Klimaschutz neue Akzente in Ihrer Verbandszeitung setzen. Das fällt auf. Ich will das mal ausdrücklich loben, weil das keine Selbstverständlichkeit ist, auch in den gewachsenen Strukturen des Kleingartenwesens darauf hinzuweisen, wir sind ein Teil der grünen Lunge dieser Stadt, nicht nur, was die Flächen angeht, sondern auch, was die Bewirtschaftung, die Reduzierung von Pestiziden und anderen Dingen angeht. Das finde ich sehr fortschrittlich. Darum ausdrücklich mal ein großes Lob dafür!

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das Berliner Abgeordnetenhaus – ich glaube, fast einstimmig – regelmäßig, was die Sicherung und Stärkung von Kleingärten in der Stadt angeht, sehr umfassende Beschlussfassungen herbeigeführt hat, sodass wir den Antrag, den wir jetzt von der Koalition zum Urban Gardening haben, eben nicht als Widerspruch, rechtlich als Gegensatz ansehen, sondern als Ergänzung zu dem, was im Kleingartenwesen im Augenblick passiert. Das hat Frau Hehl auch sehr gut dargestellt. Ich glaube, Sie merken, es ist ein Stück weit eine andere Kultur, da heranzugehen. Es sind oftmals andere Flächen, nämlich – ich sage mal – sehr eingekesselte bebaute, unbebaute, die halt dann irgendwie vielleicht kleinere Flächen haben, größere Flächen haben – Tempelhofer Feld ist wieder eine ganz andere Klasse –, aber in anderen Bereichen den Prinzessinnengarten und ähnliche Dinge, wo Sie auch kooperieren, sodass wir dort, finde ich, eine Superkombination haben. Deswegen finden wir es sehr wichtig, dass wir eben beide Elemente in der Stadt stärken, auch mit dem Ansprechpartner in der Verwaltung zeigen, die neuen Elemente, die ganz anders rangehen, die andere Bedürfnisse haben als das klassische Kleingartenwesen – – Da haben Sie eben nicht immer den großen Vereinsvorstand davor, der sich sehr kontinuierlich um Dinge kümmert, sondern es sind oftmals aus dem Geschehen, aus der lokalen Situation heraus Akteurinnen und Akteure, die vielleicht schnell einen Ansprechpartner suchen und dann nicht erst fragen: Wer ist jetzt der Bezirksverband über mir? Wer ist der Landesverband? Haben wir so was überhaupt? – Die haben das dann nicht. Ich glaube, wir haben da keinen Widerspruch, und freue mich, wenn wir das, in Ergänzung zum Kleingartenwesen das Urban Gardening voranzubringen, möglichst mit einer breiten Mehrheit hier im Ausschuss verabschieden können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt Herr Freymark von der CDU-Fraktion, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich den Vorrednern insofern anschließen, dass es da, glaube ich, einen breiten Konsens gibt, das zu unterstützen. Deswegen auch vielen Dank, Frau Hehl, Herr Landgraf, für Ihr Engagement und dass Sie das so detailliert dargestellt haben! Ich höre, wenn ich dem Staatssekretär Tidow richtig gelauscht habe, dass es auch den Bedarf und die Sinnhaftigkeit dieser Stelle gibt. Ich habe dem Antrag entnommen, dass es schon darum geht, über die zuständige Senatsverwaltung hinaus einen Vermittler zu haben, also, was Frau Hehl angesprochen hat, nicht nur – sage ich mal – in einer Senatsverwaltung jemanden angesiedelt zu haben, sondern jemanden zu haben, der auch ein bisschen Querschnittsaufgaben übernimmt. Das Anforderungsprofil von Frau Hehl war insofern recht anspruchsvoll, wenn ich das hier richtig gelesen habe: Er soll alles können, braucht aber zum Glück kein Hochschulstudium. – Das ist schon mal sehr nett. Vielen Dank, dass die Auswahl dann etwas breiter ist! Nichtsdestotrotz wird es wahrscheinlich sehr anspruchsvoll, so jemanden zu finden. Was ich gut finden würde, wäre, wenn es uns tatsächlich gelingt, die Punkte, die Frau Hehl und Herr Landgraf eingebracht haben, dann bei der Auswahl für eine solche Stelle irgendwie zu berücksichtigen, wobei ich nicht weiß, ob Wochenendarbeit und Abendtermine dauerhaft in der Senatsverwaltung möglich sind, aber da werden Sie schon eine geschickte Option finden, so eine Stelle dann auch ggf. einzurichten.

Der Antrag hat aus unserer Sicht zwei Teile. Im ersten Teil geht es um die Erstellung eines Konzeptes. Das finden wir gut. Ich würde gerne bei den Koalitionsfraktionen dafür werben, dass wir noch einen Einschub machen. In der Begründung wird z. B. von „Grün macht Schule“ gesprochen, zwei, drei andere fehlen mir. Ich glaube, die Expertise, die wir bei „Grün macht Schule“, die wir bei „Grün macht Kindergarten“ haben, wo wir im Übrigen auch hier

aus dem Haus heraus mehr Geld geben – Herr Landgraf hat selber angesprochen, es sind ganz tolle Initiativen. Wer sich das vor Ort anschaut, stellt auch fest, welche Bereitschaft bei den Akteuren da ist, welche Freude das auslöst und wie nachhaltig diese Projekte sind. Man könnte immer noch ein bisschen traurig sein, dass in den östlichen Bezirken diese Schulgärten verlorengegangen sind. Wir haben zwar dafür die Gartenarbeitsschulen, aber die können die Kapazitäten leider gar nicht anbieten, die eigentlich da sein müssten. Deswegen bin ich auch sehr dankbar, Herr Landgraf, dass Sie sich mit Ihren 70 000 Kleingärtnern zusammen immer wieder als Minilernorte anbieten und da den Austausch suchen. Deswegen würde ich mich freuen, wenn die Stelle am Ende auch Ihrer Arbeit zugutekommt, Sie davon profitieren und Sie den engen Austausch ermöglichen können.

Unser Änderungsantrag wäre ein Einschub im ersten Satz zwischen „Kleingartenverbänden“ und „und interessierten Verbänden“:

den Gartenarbeitsschulen, der Stiftung Naturschutz, den Initiativen „Grün macht Kindergarten“ sowie „Grün macht Schule“

Ich will Sie jetzt nicht überrennen, ich will nur sagen, dieser Einschub tut niemandem weh, aber aus unserer Wahrnehmung heraus soll deutlich werden, dass wir wünschen, dass das, was schon da ist, auch eingebunden ist und sich eingebunden fühlt. Deswegen werbe ich dafür, dass Sie sich diesem kurzen Einschub anschließen, auch wenn Sie in der Begründung, die ich im Übrigen eins zu eins unterschreiben kann, schon sehr viele gute Dinge sagen, die Bedeutung etc. noch mal ausschmücken. Vielen Dank dafür!

Ein letzter Punkt – ich will mit einer konkreten Frage enden –: Frau Hehl! Sie schreiben sehr detailliert z. B. auch über die Frage Sachmittelfonds, also dass Sie da ein bisschen Zugang haben, vielleicht sogar über die Möglichkeit, Werkzeuge zu entleihen o. Ä. Gibt es da schon irgendwelche Stellen? Welche Rolle nimmt eigentlich die Stiftung Naturschutz für Sie dabei ein? Denn sie können dank des Abgeordnetenhauses, glaube ich, wieder Mittel beanspruchen. Können Sie die auch konkret abrufen? Gibt es da Probleme? Sind es zu kleine, zu große Mittel? Was ich sehr begrüße, ist, dass es in vielen Bezirken den sogenannten Kiezfonds gibt – der heißt manchmal anders –, wo man z. B. für lokale Projekte bis zu 1 000, 1 500 Euro abrufen kann, was ja manchmal schon ausreicht.

Noch ein letzter Satz: Auch da Dank an die Koalition! Sie sprechen davon, dass Sie Bevölkerungsgruppen an das Thema heranführen wollen, die bisher vielleicht nicht herangeführt werden können. Ich habe das in vielen Flüchtlingsunterkünften gesehen, da wurden Kleinstprojekte gemacht, da war aber immer die Frage: Wer bezahlt das? Wie können wir das organisieren? Wer betreut es? – Das sind manchmal so die Dinge, wo ich dann dabei bin zu sagen: Vielleicht kann so eine koordinierende Stelle helfen und Projektmittel ausschütten o. Ä., damit wir diese Barrieren ein bisschen abbauen und eine Niedrigschwelligkeit auch in diesem so wichtigen Bereich herstellen können. – Ich sehe die Initiative sehr positiv. Und wenn sich die Koalition diesem Einschub anschließen könnte, sollte einer Zustimmung der CDU-Fraktion nichts im Wege stehen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Ein geschäftsleitender Hinweis: Änderungsanträge bitte schriftlich einreichen! – Zweitens: Abstimmen können wir heute darüber nicht, sondern wir müssen es das nächste Mal machen. Das stelle ich anheim, denn

im Nachgang einer Anhörung finden am gleichen Tag keine Abstimmungen statt. – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] – Das müssen die Geschäftsführer klären, das können wir leider nicht als Ausschuss klären. Abstimmen können wir immer, was wir wollen, aber das betrifft in der Regel Dinge, die sachlich begründet sind. – Dann waren wir mit der CDU-Fraktion durch. Jetzt kommt Frau Platta von der Fraktion Die Linke. – Bitte sehr!

Marion Platta (LINKE): Dann kann ich gleich am Anfang sagen, dass wir gegenüber diesem Einschub sehr aufgeschlossen sind. Jeder Akteur, der uns bei der Gartengestaltung, Grüngestaltung voranbringt und einer Charta für das Berliner Stadtgrün, wie es der Staatssekretär nannte, beiträgt – da sind wir aufgeschlossen, finden wir vernünftig, weil letztendlich nur ein gemeinsames Agieren aller in Berlin, die sich sowieso schon mit dem Thema beschäftigen, uns dem Ziel näherbringt, dass auch ausreichend Akzeptanz für diese vielen Gartenprojekte, für die Kleingartengebiete usw. in der Stadt vorhanden ist.

Ich glaube, die mitunter immer noch hörbare Diskrepanz zwischen den temporären Gärten und denen, die eigentlich dauerhaft in der Stadt angesiedelt sind, hat auch damit zu tun, dass wir bei der Pflanzenvielfalt kurze Pflanzperioden haben, wenn ich an ein Radieschen oder so denke – das geht mir ja in zwei Monaten von der Aussaat bis zum Ernten in den Korb –, aber wenn ich an Apfelbäume denke, dann brauche ich eben Jahre dafür, und dann brauchen die auch einen festen Standort, den kann ich nicht in einer Kiste verschieben, so wie es vielleicht auch beim urbanen Gärtnern, bei dem Prinzessinnengarten von Anfang an angedacht war. Diese Vielfalt beim Umgang mit Pflanzen, dem Gut, das wir da gewinnen wollen, und der Nutzung von Flächen ist genau das, was hier oftmals den Konflikt bringt.

Was ich von der Senatsverwaltung explizit hören möchte, ist eigentlich: Wie weit sind die Planungen, z. B. für den Kleingartenentwicklungsplan, vorangegangen? Was haben wir für Zielsetzungen für die Charta zu erwarten? Wenn Sie sagen, Sie sind in der Erarbeitung, dann gibt es ganz sicher dafür auch einen Zeitplan. Wann werden wir die ersten Vorstellungen Ihrerseits hier im Plenum oder in der Öffentlichkeit diskutieren können? Das ist zumindest für uns ein großes Anliegen, dass wir da in eine breite Diskussion kommen.

Die essbare Stadt ist so ein Stichwort, das eigentlich alles umfassen soll. Essbare Stadt heißt ja nicht nur, dass ich die Johannisbeersträucher in der öffentlichen Grünanlage finde, sondern dass ich letztendlich auch die Kooperationen von Kleingartenverbänden, Vereinen bis hin zu Flüchtlingsunterkünften oder Grundschul- und Kitastandorten durchaus unter „essbare Stadt“ verstehen kann. Hier sind einige Bezirke schon sehr weit vorangegangen. Es gibt schon Konzepte; ob es Pankow oder Kreuzberg ist, spielt jetzt keine Rolle. Jeder, der sich da engagiert, ist dann schon auf dem richtigen Weg, um auch zu einer essbaren Stadt zu kommen.

Mich würde dann noch interessieren, wie weit sich unsere beiden Anzuhörenden in diese einzelnen Stufen für die Erarbeitung eines Konzeptes einbringen wollen. Selbst wenn wir immer sagen, wir als Parlament möchten, dass es so ein Konzept gibt, ist ja immer noch die Frage: Welche konkreten Vorstellungen gibt es denn in den einzelnen Bereichen für die Erstellung eines solchen Konzeptes? Wir haben schon viel über den Ansprechpartner gehört. Der soll eben möglichst nicht ehrenamtlich sein. Er soll möglichst hauptamtlich sein. Er soll sich nicht allzu viel einmischen. Gut, aber ich denke, es sollte trotzdem möglich sein, über diesen Ansprechpartner zu verbindlichen Regelungen bei der Flächennutzung zu kommen, denn ich glaube, das ist auch für die Initiativen sehr wichtig zu wissen, ob sie sich genau für eine

Wachstumsperiode oder für drei Jahre an bestimmten Standorten aktiv beteiligen können oder eben nicht. Deswegen ist noch mal meine Frage: Sie haben zwar schon einige Erwartungen an den Ansprechpartner formuliert, aber wie war denn bisher die Möglichkeit, in den Senatsverwaltungen zu agieren und dort Ansprechpartner zu finden? Und wenn Herr Freymark schon sagte, es ist immer schwierig, die beruflichen Interessen der Aktiven mit den Öffnungszeiten in den Verwaltungen in Verbindung zu bringen, habe ich die Frage an die Anzuhörenden, welche Erwartung sie nicht nur an die Qualität der Person haben, sondern letztendlich auch an die Ansprechmöglichkeit. Das geht bis zu der Frage: Wann erwarten Sie denn eine Antwort? Denn ich kann mich sehr wohl erinnern, dass es sehr viele gute Beschlüsse in verschiedenen Gremien – Landeskleingartenbeirat und überhaupt in den Beiräten – gibt, aber mitunter keine Antworten aus den Verwaltungen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Abgeordnete! – Ich bin noch mal in mich gegangen. Wenn wir uns darauf verständigen, dass wir heute darüber abstimmen, können wir das auch heute machen. – Ich höre jetzt hier niemanden, der dagegen spricht. Man muss nicht an parlamentarischen Riten festhalten, nur weil das immer so ist. Wenn wir alle der Meinung sind, wir wollen das ändern, dann können wir darüber auch heute abstimmen, über den Änderungsantrag des Abgeordneten Freymark und den Antrag der Koalition. Wollen wir das so machen? – Dann stimmen wir nach den Stellungnahmen der Anzuhörenden darüber ab. – Jetzt hat Herr Dr. Altug von der Grünen-Fraktion das Wort. – Bitte!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich muss mich korrigieren: Rosa Rose ist in Friedrichshain. Das ist an der Grenze zu Lichtenberg. – Auf jeden Fall möchte ich auf etwas hinweisen, und zwar: Hier werden ein paar Themen miteinander vermengt. Umweltbildung, Naturbildung, Herr Freymark, ich finde es gut, dass Sie diesen Hinweis geben, aber was wir mit diesem Antrag erreichen wollen, ist nicht, dass wir noch mehr Umwelt- oder Naturbildungsarbeit leisten oder unterstützend fördern, sondern wir wollen in erster Linie die Urban-Gardening-Projekte in dieser Stadt unterstützen. Herr Schmidt ist nicht mehr da, aber nirgends im Antrag ist die Rede von einer Koordinierungsstelle, das ist auch nicht unser Anliegen. Es geht nicht darum, dass wir von oben herab den Gärtnerinnen und Gärtnern, die sich seit Jahren in dieser Stadt einbringen, sagen, was sie zu tun haben. Nein, es geht darum, dass wir diese Projekte unterstützen, weil diese Projekte seit Jahren in der Verwaltung keine einzige Person haben, mit der sie sich über ihre Probleme austauschen können.

Herr Landgraf! Für mich ist es wichtig, dass man das voneinander trennt. Kleingärten und Urban Gardening, das wir in diesem Antrag ansprechen, sind für mich zwei unterschiedliche Dinge. Ich meine nicht, dass die Kleingärten nicht viele Leistungen für diese Stadt erbringen, aber die Strukturen sind andere. Ich habe selber zwei Gärten angelegt. Das sind andere Strukturen, Verein, Sie kennen das. Deshalb würde ich Sie darum bitten, dass man diese beiden Bereiche nicht gegeneinander ausspielt, sondern miteinander betrachtet, weil wir im Interesse dieser Stadt gemeinsam am Stadtgrün arbeiten. Für mich ist es wichtig, dass wir am selben Strang ziehen.

Deshalb freue ich mich, dass wir diesem Antrag heute – so sieht es aus – fraktionsübergreifend zustimmen. Den Vorschlag von Herrn Freymark hätte ich gerne schriftlich vor mir, damit wir darüber heute gemeinsam beschließen können. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt Herr Scholtysek von der AfD-Fraktion, bitte sehr!

Frank Scholtysek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch wir haben natürlich grundsätzlich ein Herz fürs Gärtnern und für die Beschäftigung in der Natur und mit der Natur. Dafür steht das traditionelle Kleingartenwesen, das auch weiterhin zu unterstützen ist. Das auf jeden Fall! Auch Initiativen wie Schulgärten sind künftig zu unterstützen und weiterhin zu fördern. Da gehen wir völlig konform.

Beim Thema Urban Gardening in der Art und Weise, wie es von Herrn Dr. Altug und Frau Hehl angesprochen wurde, ist von anderen Strukturen, von Aktivisten, von einem Manifest die Rede. Das klingt für uns politisch alles sehr eindeutig nach einer ganz bestimmten Ecke linkssozialistischer Art. Die Frage, die sich uns stellt, ist: Wie kann sichergestellt werden, dass hier keine weiteren Brutstätten linkspolitischer, marxistisch-leninistischer, anarchistischer oder sonstiger Ideologien entstehen? Wie kann gewährleistet werden und sein, dass es hier tatsächlich ums Gärtnern geht, aber nicht um einen neuen außerparlamentarischen Acker, der geschaffen werden soll? Bürgerengagement ist gut und wichtig, solange es im Interesse der Gemeinschaft steht, aber nicht von Klein- und Kleinstgruppierungen genutzt wird, um das demokratische System unseres Landes immer weiter auszuhöhlen.

Eine der vielen Fragen, die wir dazu haben, ist auch: Wie können wir uns die Vernetzung und Organisation dieser Urban-Gardening-Aktivisten vorstellen? Es werden schon jetzt Forderungen in Richtung stadtplanerische Berücksichtigung, Einbeziehung dieser Flächen gestellt. Was ist, wenn das nicht mehr gewährleistet ist oder nicht gewährleistet werden kann? Soll dann das Netzwerk der Aktivisten früher oder später Verbandsklagerecht bekommen, oder soll mit Spontandemos das städtische Leben stillgelegt werden, wenn Forderungen nicht erfüllt werden, ähnlich wie es von Fahrradaktivisten gemacht wird? Urban Gardening soll nach dem Urban-Gardening-Manifest zu dauerhaft frei gestaltbaren Grünflächen inmitten der Stadt führen. Was heißt „dauerhaft“? Wie lange? Auf ewig? Was wird passieren, wenn diese Flächen eines Tages aufgrund anderer Planungen nicht mehr dafür zur Verfügung stehen können? Wird es dann auch Ausschreitungen, brennende Autos und den aktiven Kampf um das Areal geben, wie es in Berlin durchaus die Regel ist? Was können wir uns da vorstellen?

Es gibt auch die Frage, welche Flächen überhaupt besetzt, genutzt, umgenutzt werden sollen. Es ist die Rede davon, dass Flächen konkret umgenutzt werden sollen. Ich befürchte, beispielsweise Parkplätze oder Flächen, die für den Autoverkehr genutzt werden, sollen wahrscheinlich umgenutzt werden. Sollen diese Flächen völlig frei und unreguliert in ihrer Nutzung sein? Wie sieht es mit der Haftung aus? Wer haftet für den Anbau illegaler Pflanzen? Wer haftet bei Personenschäden? Es muss auch sichergestellt sein, dass es keine bauliche Nutzung gibt, keine Hütten, Baumhäuser, Zeltstädte, Wagenburgen oder sonst irgendwas, was Ihnen da so vorschweben könnte. All das sind Sachen, die irgendwie geklärt werden müssten.

Auch eine wichtige Frage: Wie schaffen wir es, durch Urban-Gardening-Aktivitäten nicht dauerhaft Wildtiere in die Stadt zu locken? Wildschweine am Potsdamer Platz hat es durchaus schon gegeben. Füchse sind allseits präsent. Auch das ist sicherlich eine Frage, die geklärt werden muss. Es gibt viele Punkte, über die es noch intensiv nachzudenken gilt. Dementsprechend können wir dem gar nicht zustimmen. Das sage ich auch ganz klar. Somit steht unser Voting fest. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Freymark hat sich noch mal zu Wort gemeldet. Ich erinnere daran, dass dann die Anzuhörenden abschließend antworten. – Bitte sehr, Herr Freymark für die CDU-Fraktion!

Danny Freymark (CDU): Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender! Ich weiß, dass wir etwas anderes verabredet hatten, aber der Beitrag von Herrn Scholtysek hat mich jetzt gerade – – Zwischen Humor und „ich kann’s nicht glauben“ ist ja alles dabei. Neues Jahr, neuer Unsinn, oder was? Ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht. Aber all die Dinge, die Sie gerade benannt haben, Herr Scholtysek, sind gesetzlich geregelt. Wenn jemand illegal etwas besetzt, gibt es dafür Lösungen. Jetzt zu glauben, weil wir hier die Möglichkeit einer Koordinierungsstelle, Unterstützungsstelle o. Ä., Ansprechpartner, Vermittler, wie auch immer, diskutieren, Schrägstrich, dass wir ein Konzept für die Stadtgesellschaft entwickeln wollen – – Das in den Kontext dieser Themen zu bringen, was Sie gerade gemacht haben, verstehe ich nicht, erschließt sich mir nicht, und deswegen finde ich Ihren Beitrag absolut merkwürdig und kann ihn auch nur so betiteln. – [Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Scholtysek, bitte sehr!

Frank Scholtysek (AfD): Herr Freymark! Um es noch mal klarzustellen: Wir haben grundsätzlich nichts gegen Gärtnern, und wir haben auch grundsätzlich nichts gegen Tätigkeit und Beschäftigung in der Natur. Natürlich sprechen wir uns dafür aus, und natürlich wollen wir der Stadtgesellschaft diese Möglichkeiten geben, allerdings nicht in dem Rahmen, wie bei Links-Rot-Grün offensichtlich die Vorstellungen sind und wie es sich hier abzeichnet. – Ja, das noch mal zur Ergänzung!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Ich tue noch kund, dass von Herrn Landgraf zwei Broschüren über das Kleingartenwesen verteilt werden. Das können Sie gerne tun. Das findet gerade statt. – Wir sind mit der Aussprache am Ende. Jetzt kommen wir zur Beantwortung. Wer möchte anfangen? – Frau Hehl wieder, bitte sehr, großzügige fünf Minuten!

Frauke Hehl (Workstation Ideenwerkstatt Berlin e. V.): Vielen Dank! – Die FDP fragte nach der Abgrenzung zur Koordination. Ich möchte noch mal darauf hinweisen – das schließt die Frage ein, wie man die richtige Person findet –: Es gibt haufenweise solche Personen in Berlin, die vielleicht nicht unbedingt die formal üblichen Merkmale tragen, z. B. irgendwelche Abschlüsse, darauf haben Sie abgehoben. Wir haben eine irrsinnige Kompetenz in vielen Bereichen der Berliner Zivilgesellschaft. Ich verweise auf das Beispiel freies WLAN in Berlin. Die kommerziellen Anbieter haben da noch nicht viel zustande gebracht. Die Initiative Freifunk ist seit 2000 sehr kompetent am Start und kooperiert sehr erfolgreich mit öffentlichen Einrichtungen, um ein freies WLAN, einen Zugang zur Teilhabe an Gesellschaft für viele Menschen zu ermöglichen. Ich finde, das sind tolle Beispiele. Die Wall-Toilettenwerbung ist erfolgreich abgeschafft, zum Glück! Es gibt tolle Beispiele wie Trockentoiletten in Lichtenberg, die von kleinen Firmen angeboten werden, sehr gut angenommen werden und sehr ökologisch sind. Schon lange gibt es da aus der Zivilgesellschaft heraus tolle Lösungen in allen möglichen Bereichen. Ich sehe da überhaupt kein Problem. Kommen Sie gerne auf uns, auf mich, auf andere zu! Ich habe kein Interesse an dieser Stelle, bin aber gerne behilflich, kompetente Personen zu finden. Vielleicht laden wir auch Leute aus der Szene ein, die dann an solchen Auswahlverfahren beteiligt sind. Das wäre, glaube ich, sehr hilfreich.

Es braucht Verbindlichkeiten, z. B. gemeinsame Jahresplanungen anzufertigen und in verbindlichen Treffen dann – was weiß ich – zweimal pro Jahr durchzugehen. Die genannten Konflikte zwischen Kleingärten und Urban Gardening sehe ich nicht. Es sind Unterschiedlichkeiten. Es sind unterschiedliche Zielgruppen. Das sind aber keine Konflikte. Das sind verschiedene Vorgehensweisen. Das sind verschiedene Gewohnheiten, Verhaltensmuster oder wie auch immer, aber das sind keine Konflikte. Wir haben Beispiele von Kooperationen gehört. Die gibt es. Die entstehen immer mehr. Wir wissen auch, wie viele junge Familien zunehmend in Kleingärten aktiv werden. Auch auf dem Tempelhofer Feld beim Allmende-Kontor haben Menschen mit diesen kleinen Hochbeetkisten angefangen und sind dann, weil es ihnen zu wenig war, in Kleingärten aktiv geworden. Das sehe ich nicht als Konflikt.

Die CDU fragte nach Sachmittelfonds, Beispiel Stiftung Naturschutz, Kiezfonds. Ja, es gibt hier und da vereinzelt Möglichkeiten. Die sind sehr kleinteilig, also Kiezfonds oder so. Man muss auch darüber Bescheid wissen. Da brauchte es einen besseren Zugang in der Informationsvermittlung. Die Mittel der Stiftung Naturschutz sind weitestgehend für feste Vorhaben gebunden. Da ist nicht viel zu holen, wenn man einen Garten aufbauen möchte, außer der Bildungsarbeit, die die Stiftung Naturschutz natürlich sehr kompetent und erfolgreich macht. Hier werbe ich für mehr Offenheit. Auch die Workstation wurde vom Berliner Senat angeschrieben, sich im Nachhinein an einer Ausschreibung zu beteiligen. Wir haben es dann gemacht. Wir haben eine Woche lang sehr viel Arbeit in diese Ausschreibung gesteckt, mit der Befürchtung, die dann auch eingetroffen ist, dass die Vergabe schon vorher klar war. Rein formal musste da ausgeschrieben werden. Es hat wie immer die Grüne Liga bekommen, die ich in der Qualität ihrer Arbeit auch sehr schätze, aber dann kann man sich solche Ausschreibungen bitte auch sparen bzw. ehrenamtliche Akteure nicht eine Woche lang mit solchen Sachen beschäftigen, wo vorher klar ist, da kommt man eh nicht an diese Mittel. Also der Zugang zu diesen Mitteln ist sehr schwierig, weil die sehr festgelegt sind. Da braucht es mehr Offenheit und sehr viel Informationsaustausch, vielleicht sogar neue Töpfe. Wir wissen alle, dass es in Deutschland eine private Stiftung gibt, die Anstiftung in München, dank derer sehr viele Gärten an Mittel kommen. Es gibt auch sehr viel Wissensvermittlung. Es geht da nicht immer nur um Geld oder Sachkosten – natürlich auch! Da wünsche ich mir Optimierungen und dann gerne den direkten Austausch mit der Stiftung Naturschutz, der Grünen Liga, dem Senat, den zuständigen Abteilungen, die diese Mittel verteilen, dass das da irgendwie besser verteilt wird.

Die Linke fragt, wie wir uns einbringen wollen. Ein Beispiel: Dieser Brief, aus dem ich Auszüge verlesen habe, an die Koalition während der Koalitionsverhandlungen – ich kann den Brief gerne noch mal zuschicken, falls heute nicht abgestimmt werden sollte – hat keine Antwort erfahren, obwohl sich sechs Personen teils mit ihren privaten E-Mails daruntergeschrieben haben. Das wäre wünschenswert, dass – wenn solche konkreten Anliegen an Fraktionen herangetragen werden – es dann auch zu einem Austausch mit diesen Personen kommt. Die sind alle da. Die kann man ansprechen. Außer mir sitzen da hinten noch ein paar mehr. – Ein Beispiel ist das Werkstattgespräch, von dem wir Frau Renker irgendwann überzeugen konnten. Inzwischen ist das ein schöner Selbstläufer geworden, aber am Anfang hat Frau Renker nicht verstanden, warum das notwendig ist. Inzwischen haben einige in der Senatsverwaltung beteiligte Personen sehr wohl verstanden, wie wichtig solche Austauschstrukturen sind. Allerdings brauchen wir auch verbindliche Strukturen. Das Werkstattgespräch ist leider unverbindlich. Deswegen die vorhin von mir angesprochene gemeinsame Jahresplanung, die dann auch eine Verbindlichkeit erfährt. Das wäre notwendig.

Wo es wirklich ganz konkret fehlt – ich nehme als Beispiel den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der sehr viele Gemeinschaftsgärten hat –: Es gibt im Bezirksamt keine Person und keine Ressourcen für die Leute, die in Gärten aktiv sind. Teilweise muss man dann mit dem Herrn Sanow kommunizieren, der sich superviel Mühe gibt und ein total netter Mensch ist, aber eigentlich für Vertragsabfassungen zuständig ist, und dann treffen wir uns mit ihm im Garten am Container. Er ist mit Fragen befasst, die überhaupt nicht in sein Ressort fallen. Wir haben Ansprechpartner, weil sie uns aus persönlicher Sympathie helfen, irgendwelche Probleme zu lösen. Ein Wasseranschluss, der im Juni in Betrieb genommen wird, der Tiefbrunnen im Garten Rosa Rose – bis dahin ist alles vertrocknet. Das ist sinnlos. Das muss anders funktionieren. Da muss klar sein, wohin sich ein Gemeinschaftsgarten beim Bezirksamt oder beim Senat – vielleicht hat der Senat bessere Ansprechpartner im Bezirksamt – wenden kann. Wir kriegen Mails: Ihr Garten schaut aber komisch aus. – Wenn es kein Wasser gibt, weil auch die Straßenpumpen alle nicht funktionieren, dann wird es beim Berliner Sandboden echt schwierig, da irgendwas am Leben zu erhalten.

Die AfD möchte ich noch einladen – das ist mein letzter Beitrag –: Kommen Sie gerne zu einem Gartentag, den es in allen Berliner Gemeinschaftsgärten gibt! Da wird gegärtnert, da werden resiliente, zukunftsfähige Strukturen erkennbar. Ich möchte Sie einladen, vorbeizukommen und mitzumachen. Dann sehen Sie, dass da sehr wohl gegärtnert wird, mit schmutzigen Händen usw. Allmende-Kontor hat im ersten Jahr innerhalb von nicht mal drei Monaten um die – weiß ich nicht – 500 bis 800 Menschen zusammengebracht, die dann angefangen haben, wie vorhin auch erwähnt, sich eine Struktur zu schaffen, einen eigenen Verein zu gründen. Das ist beste Gemeinwesenarbeit vor Ort, die selbst organisiert ohne Quartiersmanagement oder so stattgefunden hat. Dafür sollte das Land Berlin diesen zivilgesellschaftlich engagierten Menschen wirklich sehr dankbar sein. – Damit schließe ich.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Hehl! – Herr Landgraf! Sie fangen an?

Michael Matthei (Gartenfreunde e. V.): Michael Matthei vom Landesverband der Gartenfreunde! – Was wir von einer Koordinierungsstelle erwarten: Wir haben eine sehr lange Erfahrung mit der Koordinierungsstelle bei der Senatsverwaltung in der fast täglichen Zusammenarbeit mit Frau Wimmer. Wie in allen Bereichen gibt es natürlich Probleme, die gelöst oder nicht gelöst werden können, man muss bloß im Konsens bleiben. Wir erwarten von dieser Koordinierungsstelle ein einheitliches, nicht auseinanderdividierendes Vorgehen im Grünbereich der Stadt Berlin, damit alle Konzepte, die sich für den Grünerhalt einsetzen und massiv aktiv daran arbeiten, auch Gehör finden und zusammengeführt werden, damit Informationsflüsse, wie von Frau Hehl angemahnt, leichter transportiert werden können und dort einen Kommunikationspunkt haben, um die Stadtgesellschaft mit in diese Konzepte einzubinden. Dies ist von unserer Seite eigentlich die Forderung an eine gemeinsame Koordinierungsstelle, nicht losgelöst nur für das Urban Gardening, sondern im Konsens aller grünorientierten aktiven Bürger dieser Stadt.

Stiftung Naturschutz: Da kann ich heute im Namen des Landesverbandes der Gartenfreunde bekanntgeben, dass wir am 23. Januar im Rahmen der Grünen Woche eine Kooperationsvereinbarung – Herr Staatssekretär Tidow weiß das schon – unterzeichnen werden, auch um hier innerhalb Berlins noch aktiver mit allen großen, aber auch kleinen Verbänden zusammenzuarbeiten. In dem Material, das Sie von uns bekommen haben, sind auf der Rückseite schon unsere Kooperationen verzeichnet. Wir arbeiten über die BLN – Berliner Landesarbeitsge-

meinschaft Naturschutz – mit allen Verbänden in Berlin – ob Ökowerk, Grüne Liga, BUND oder NABU – eng zusammen. Herr Staatssekretär Tidow war neulich wieder auf einer Sitzung von uns, einer Gemeinschaftsveranstaltung, wo es auch um die Grünentwicklung in Berlin ging. Für Ihr aktives Mitarbeiten vielen Dank! – Dort sehen wir auch weitere Möglichkeiten bei der Stiftung Naturschutz, Fördermittel für uns wie für die anderen Akteure in Berlin zur Verfügung zu stellen und das zu unterstützen.

Da bin ich auch bei den Grünen: Es sind momentan zwei verschiedene Konzepte. Wir als Kleingärten sind aber genauso aus einem Urban Gardening, wie es heute bezeichnet wird, entstanden und gewachsen, aber wir haben 150 Jahre Entwicklung hinter uns, mit strukturgebenden Eingriffen der Reichsregierung und dann der Bundesregierung in Form des Bundeskleingartengesetzes. Hier haben wir den großen Unterschied und vielleicht teilweise eine Berührungssproblematik. Wir haben ein Gesetz, das uns bestimmte Handlungen vorgibt, auch das Zur-Verfügung-Stellen. Wenn ich Gemeinschaftsgarten höre, gibt es ein Problem. Wir sind aufgrund der gesetzlichen Vorgabe gezwungen, einen Hauptansprechpartner für eine Parzelle zu haben. Daher sind Gemeinschaftsgärten in Kleingartenanlagen immer etwas schwierig. Das ist eine Sache, über die wir reden müssen: Wollen wir es ermöglichen, dass wir uns dort öffnen können? Das geht aber nicht ohne die Hinzuziehung aller Kleingärtner in Berlin, auch der Bezirksverbände. Wir müssen dann mit allen darüber reden. Wir sind uns aber alle einig, wir stehen für das Grün in der Stadt, und wir wollen, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, denn sie helfen uns auch. Diese Koordinierungsstelle soll den Zusammenschluss mit den Urban-Gardening-Bereichen ermöglichen, Pflanzenaustausch usw. Wie schon angesprochen: Wo kann ich welche Materialien oder Wirkstoffe holen?

Was geben wir zurück? Was tun wir für diese Stadt als Kleingärtner? – Wir haben, das wurde vorhin schon angeführt, eine Klimakampagne zur Klimaentwicklung und zum Klimawandel in der Stadt gestartet. Dem entgegenzuwirken, sehen wir uns genauso verpflichtet wie die Senatsverwaltung mit ihrem Klimaschutzprogramm. In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung – das wissen vielleicht gar nicht so viele – wird die Gartenfachberaterausbildung vom Landesverband durchgeführt, und das nicht nur für Kleingärtner aus dem Kleingartenwesen, sondern auch für andere interessierte Personen. Wir haben unseren Jahresabschluss bei der Gartenfachberaterausbildung. Dabei sind auch wieder Personen, die nicht dem Kleingartenwesen angehören. Das war auch die Verpflichtung gegenüber dem Senat bei der Durchführung. Dazu stehen wir. Es macht unseren Leuten Spaß und ist auch eine interessante Aufgabe.

Wir hatten mit dem Urban Gardening und der Humboldt-Universität eine große Aktion. Die Forderung nach Zusammenarbeit erfüllen das Urban Gardening und der Landesverband mit den Bezirksverbänden schon seit Jahren. Wir hatten eine große Klimazusammenarbeit mit der Humboldt-Universität über zwei Jahre als Studienprojekt, die auch in den Kleingärten stattfand. Herr Staatssekretär Tidow sprach vorhin von der großen Klimakonferenz letztes Jahr, von der Grünen Liga. Da waren wir genauso im Workshop vertreten.

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich darf Sie auf die Zeit hinweisen!

Michael Matthei (Gartenfreunde e. V.): Daran sehen Sie, wie wichtig uns das im Schulterschluss mit Urban Gardening ist, Berlin als grüne, lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Deshalb steht das Präsidium des Landesverbandes hinter dem Antrag. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen! – Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen von den Abgeordneten. Herr Dr. Altug und Herr Laatsch! Müssen Sie diese aufrechterhalten? – Gut, bitte kurz!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Zwei kurze Hinweise – weil immer wieder die Rede von der Koordinierungsstelle ist: Es ist keine Koordinierungsstelle. Es wird einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin in der Verwaltung geben. – Zweitens: Ich erinnere an die Haushaltsberatungen. Wir haben da die Mittel im Haushalt gegenüber 2016/17 verdoppelt.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke für die Kürze! – Herr Laatsch, bitte sehr!

Harald Laatsch (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Hehl, erst mal herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung zum gemeinsamen Gärtnern! Aber ich habe einen Bauernhof. Da ist viel Arbeit. Wir sind grundsätzlich Freunde des Urban Gardenings – für den Fall, dass das hier nicht rausgekommen ist. Völlig klar, finden wir toll! Wir haben nur was dagegen, wenn das institutionalisiert wird, weil Urban Gardening im Ursprung ein anarchisches Projekt ist, und das soll jetzt in ein Konzept gefasst werden, ohne dass die Gardener selbst irgendeine Verantwortung übernehmen, aber die Verwaltung soll sich da entsprechend anpassen, genau genommen, die Demokratie soll sich anpassen. Da es Ihnen um Geld geht – auch da stehen wir ganz bestimmt nicht im Weg. Allerdings muss Urban Gardening klar sein, dass es u. U. weichen muss, wenn Flächen gebraucht werden, und das ist der Haken an der Geschichte. Da wird es dann u. U. problematisch. Das hat mein Kollege vorhin bereits angesprochen.

Zu Herrn Matthei: Wir unterstützen Ihren Gedanken, der Spaltung entgegenzuwirken. Jetzt muss man allerdings sehen, Herr Matthei, Sie unterliegen als Kleingärtner ganz festen Regeln. Genau das Gegenteil davon ist Urban Gardening, nämlich völlig regelfrei. Wenn es auf der einen Seite völlig regelfrei, also anarchisch ist, das es auch gerne bleiben soll, kann es auf der anderen Seite aber nicht Ansprüche und Regeln an die Gesellschaft richten. Das ist unsere Logik. Ich hoffe, das ist jetzt etwas deutlicher geworden. Wir sind Freunde von beiden Formen des Gartenbetriebs, nur wo anarchisches Gärtnern plötzlich Ansprüche an die Verwaltung oder an die Gesellschaft stellt, da ist es nicht mehr anarchisch, und da muss es sich auch Regeln unterwerfen. Da haben wir ein Problem. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Möchten Sie beide darauf antworten? – Bitte kurz!

Frauke Hehl (Workstation Ideenwerkstatt Berlin e. V.): Also Anarchie und resiliente, zukunftsfähige Lebensstrukturen sind verschiedene Sachen. Der Vertrag, den ich 2011 für das Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld unterschrieben habe, war ungefähr so dick. Da kann man nicht sagen, wir befolgen keine Regeln oder sind nicht bereit dazu. Ich halte den Kommentar für nicht zutreffend, muss ich einfach sagen. Da gibt es sehr viel Bereitschaft, sich abzusprechen und miteinander Regeln zu finden. Das ist ja genau das Leben und Wesen der Allmende. Das ist in den letzten Jahren auf dem Tempelhofer Feld sehr exemplarisch und sehr anschaulich passiert. Also noch mal die Einladung, kommen Sie vorbei und tauschen Sie sich mit den Leuten aus, die diese tolle Arbeit da machen! Allen Respekt auch für die Landwirtschaft! Es gibt Austausch mit regionalen Landwirtschaftsbetrieben, -höfen und -projekten. Ich glaube, wir sind gar nicht so weit voneinander getrennt, wie Sie es hier den Leuten vorzu-

täuschen versuchen – oder ich weiß nicht, wie man es nennen soll. Das ist, glaube ich, nicht zutreffend, was Sie da sagen. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Jetzt noch Herr Matthei, kurz bitte!

Michael Matthei (Gartenfreunde e. V.): Ja, ich kann es sehr kurz machen. – Anarchische Entwicklung haben wir hinter uns. Wir sind daraus entstanden. Nach 150 Jahren sind wir mitten in der Zivilgesellschaft angekommen. Ich glaube, das sollte auch vielen anderen Strömen eingeräumt werden, dass sie sich so entwickeln können, denn anders kann sich keine Stadt entwickeln. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Matthei! – Herr Staatssekretär Tidow für eine abschließende Stellungnahme des Senats, bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Ich freue mich erst mal sehr, dass dieser Antrag der Koalitionsfraktionen nach meinem Eindruck übergreifend und breit Unterstützung findet. Das macht deutlich, dass wir als Senat gemeinsam mit dem Abgeordnetenhaus in die gleiche Richtung gehen. Wir wollen urbanes Gärtnern in allen Formen fördern. Frau Hehl! Sie haben auf Ihr Schreiben verwiesen und gesagt: Sie haben im Rahmen der Koalitionsverhandlungen keine Antwort bekommen. – Aus meiner Perspektive haben Sie eine Antwort bekommen, der Koalitionsvertrag spiegelt nämlich Ihr Anliegen wider. Insofern ist das Schreiben im Vorfeld offensichtlich erfolgreich platziert gewesen.

Weil in der Diskussion sehr viel auf diese Koordinierungsstelle aufgeladen worden ist, will ich kurz sagen, was aus meiner Sicht wichtig ist, und greife noch mal den Antrag auf. Wichtig ist, glaube ich, ein stärker konzeptionelles Urban Gardening zu unterstützen, mit all den inhaltlichen Aspekten Umweltbildung, essbare Stadt usw., was genannt wird. Das kann keine Senatsverwaltung allein von oben verordnen, sondern das kann nur gemeinsam mit den Beteiligten, mit den unterschiedlichen Akteuren gemacht werden. Insofern gibt es hier einen konzeptionellen Bedarf. Es gibt dann auch den Bedarf, diese Anliegen in der Freiraumplanung und in der städtischen Entwicklung stärker als bisher zu verankern, auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, die Dinge sozusagen einzuspeisen.

Und es gibt ferner den Bedarf, einen Ansprechpartner zu haben, der aber dann wiederum eher vernetzende Funktionen hat als wirklich steuernde Funktionen. Das ist auch sehr deutlich von Frau Hehl gekommen. Die Urban-Gardening-Szene im engeren Sinne hat kein Interesse daran, fremdbestimmt zu werden. Der Charakter soll erhalten bleiben. Insofern ist es eher vernetzend und zum Teil mit einer Lotsenfunktion. Wir werden als Senatsverwaltung viele konkrete Konflikte nicht lösen können. Wir werden nicht bezirkliche Flächen zuweisen. Wir werden nicht die Frage klären, inwieweit temporär nutzbare Flächen zu verlängern sind. Das werden wir alles nicht lösen können. Ich sage das nur, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Wir haben aber ggf. die Möglichkeit, im Sinne einer Lotsenfunktion Akteure auf entsprechende Stellen hinzuweisen und vielleicht hier und da zu beraten, aber wir machen auch keine Gartenberatung im engeren Sinne. Darauf hat Herr Matthei hingewiesen, da gibt es eine sehr gute, bewährte Zusammenarbeit mit den Kleingärtnern. Natürlich muss man sehen, wie da etwas für die Urban-Gardening-Szene abfallen kann, indem man auf das Know-how der Kleingärtner zurückgreift. Ich wollte das sagen, um da erst mal ein bisschen abzuschichten.

Es ist auch nicht – darauf hatte Herr Matthei ebenfalls hingewiesen – als eine eher gemeinsame Koordinierungsstelle zu begreifen. Was wir jetzt einrichten, hat schon den Fokus auf Urban Gardening. Für die Kleingärten haben wir bewährte Strukturen und Ansprechpartner. Es ist im Grunde Aufgabe unserer Senatsverwaltung, da gebe ich Ihnen inhaltlich recht, die Dinge inhaltlich zusammenzuführen, denn es soll keine Konkurrenzsituation entstehen. Das ist das, was wir institutionell bei uns in der Senatsverwaltung leisten müssen, mit unterschiedlichen Leuten, die ihre unterschiedlichen Gebiete haben. Aus unserer Sicht gibt es da keine Konkurrenz. Es gibt andere Strukturen bei den Kleingärtnern als beim Urban Gardening. Beide haben auch unterschiedliche Potenziale. Die Frage, wie man mehr urbanes Gärtnern hinbekommt und temporär nutzbare Flächen temporär bespielen kann, hat man eher mit Urban Gardenern als mit Kleingärtnern zu besprechen. Insofern Verzahnung nicht in der Stelle, sondern bei uns in der Senatsverwaltung!

Zur Stellenanforderung, weil das auch auftauchte: Vor dem Hintergrund des grob skizzierten Profils werden wir eine Stelle im höheren Dienst ausschreiben und sind auch an die Vorgaben gebunden. Das Qualifikationsprofil muss kommunikativ vernetzende, aber sicherlich auch bestimmte planerische Grundlagen berücksichtigen.

Frau Platta hatte nach den Zeitplänen für den Kleingartenentwicklungsplan und die Charta für das Stadtgrün gefragt. Formal ist es erst mal so, dass der Kleingartenentwicklungsplan bis Ende des Jahres im Senat sein wird. Unser Anliegen ist, wir wollen das mit dem StEP Wohnen synchronisieren. Das ist sozusagen die obere Priorität. Und wenn ich es richtig weiß, auch beim StEP Wohnen ist formal Ende des Jahres momentan der Zeithorizont. Wir werden es aber synchronisieren müssen, weil es in einem inhaltlich sinnvollen Zusammenhang steht. Wir werden den Entwurf vorher vorlegen, denn der Senatsbeschluss ist sozusagen das Ende der Strecke. Ich nehme an, dass wir uns auf alle Fälle vor der Sommerpause hier intensiv damit beschäftigen sollten.

Im Hinblick auf die Charta für das Stadtgrün schlage ich vor, dass wir in einer der kommenden Ausschusssitzungen einen Tagesordnungspunkt ansetzen und ich berichte, wie der Stand unserer Planung ist. Es wird ein sehr diskursiver Prozess werden, mit unterschiedlichen Workshops, Stadtforum will ich jetzt nicht sagen, weil der Begriff eindeutig belegt ist, aber ein interaktiver Prozess mit der Stadtgesellschaft. Ich schlage vor, dass wir einfach mal vorstellen, wie der Stand der Dinge ist, und dann vertieft inhaltlich über das Anliegen Charta für das Stadtgrün diskutieren.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Staatssekretär! – Das Angebot nehmen wir gerne an. Ich stelle fest, die Anhörung und die Aussprache sind damit abgeschlossen. – Ich möchte Ihnen, Frau Hehl, Herr Landgraf und Herr Matthei, im Namen des Ausschusses sehr herzlich danken, dass Sie hier waren. Herzlichen Dank! – [Allgemeiner Beifall]

Wir haben jetzt noch eine Abstimmung. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir heute über den Antrag der Koalitionsfraktionen abstimmen werden. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Der liegt Ihnen auf den Tischen vor. Darüber stimmen wir zuerst ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalition, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. – [Zuruf] – Sie enthalten sich, also dann melden Sie sich jetzt bei der Enthaltung. – Das ist dann eine Enthaltung der AfD. Damit ist der Änderungsantrag so angenommen.

Dann kommen wir zum Grundantrag Drucksache 18/0633 mit der entsprechenden Ergänzung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalition und die CDU. Wer ist dagegen? – Keiner! Und Enthaltungen? – Demnach FDP und AfD! Der Antrag ist damit angenommen. Wir verlassen nun den Tagesordnungspunkt 4.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0568

**Flughafen Tegel „Otto Lilienthal“ unverzüglich an
das U-Bahnnetz anschließen!**

[0099](#)

UmVerk
Haupt

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.